



Die 18 Massnahmen der FDP im Reality Check; was bleibt am Ende übrig?

Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Forderung 1: Senkung der administrativen Kosten für Unternehmen

- a) Vereinheitlichung der Baunormen

Motion Susanne Leutenegger Oberholzer (08.3523) : „Bauharmonisierungsgesetz. Effizienter und kostengünstiger bauen“, Motion wurde vom Nationalrat angenommen und im Ständerat mit den Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

- b) Ausbau E-Government

Alle Parteien unterstützen diese Forderung. Der Ball ist sowohl im Bereich Unternehmen, Arbeitslosigkeit und Bildung im WBF, also bei FDP-Bundesrat Schneider-Ammann

- c) Vereinfachte Meldungen im Bereich Sozialversicherungen

Grundsätzlich einverstanden, nur schade, dass die FDP hier keine einzige konkrete Forderung aufstellt. Die FDP stand während 10 Jahren an der Spitze des EDI. Wenn Reformen in diesem Bereich vernünftig und machbar sind, hätten sie gemacht werden können.

Forderung 2: Abbau der Bürokratie am Zoll für Import und Export

Einverstanden, aber die FDP rennt auch hier offene Türen ein. Die WAK-N hat dazu Vorstösse eingereicht, die ohne Widerstand angenommen wurden, nachdem dies auch schon der Bundesrat empfohlen hat.

Forderung 3: Senkung der Gebühren für Unternehmen

Kein konkreter Vorschlag. Die FDP empfiehlt bei den Unternehmen eine Umfrage dazu durchzuführen.

Forderung 4: Mehrwertsteuereinheitssatz von 6% mit Steuerbefreiung für Grundnahrungsmittel

Reduktion der administrativen Kosten durch Einheitssatz sowie Einnahmeausfall für den Bund durch Steuerbefreiung von Grundnahrungsmitteln und Medikamenten werden nicht beziffert.

Der Bundesrat hat 2010 festgehalten, dass die Einführung eines Einheitssatzes in der Höhe von 6,4% einkommensneutral wäre. Die FDP hingegen empfiehlt einen Einheitssatz von 6%, was zu einem Einnahmeausfall von ca. 1,4 Mrd. Franken führen würde.

Forderung 5: Rasche Senkung der Mehrwertsteuer im Falle einer schweren Rezession

Senkung der MwSt. auf 5%: Einnahmeausfälle müssten im Rahmen des KAP aufgefangen werden, Grössenordnung wird nicht angegeben.

Zusätzliche Ausfälle von 3,5 Mrd. Franken

Forderung 6: Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU

Reine Absichtserklärung: Bekräftigung des Grundsatzes ohne Strategie.

Forderung 7: Wettbewerbsschädliche Projekte stoppen

- a) Keine Erhöhung der Energieabgaben

Die Kosten bei einem Verzicht auf energetische Massnahmen sind gigantisch. Zur Erinnerung : Der Stern-Rapport hat aufgezeigt, dass ohne Massnahmen die Schäden bis 2100 auf 20% des erwarteten Bruttoinlandprodukts ansteigen werden. Und vor allem liegt in der Energiewende ein historisches Wachstumspotenzial für unsere Wirtschaft, worauf die FDP aus ideologischen Gründen verzichten will.

- b) Nein zur Gesetzesrevision des Aktienrechts

Die Abzocker-Initiative wurde mit fast 70% der Stimmen an der Urne angenommen. Diese verlangt eine Revision des Aktienrechts.

- c) Keine verstärkte Kontrollen bei Lohnungleichheit

Diese Ablehnung steht im Widerspruch zum Willen des Bundesrats und insbesondere auch von FDP-Bundesrat Schneider-Ammann, welche das Potenzial der Frauen auf dem Arbeitsmarkt besser ausschöpfen wollen. So lange die Frauen Opfer von Lohndiskriminierung sind, werden sie keinen Anreiz haben, ihre Arbeitspensen zu erhöhen.

- d) Keine bürokratischen und protektionistischen Auflagen bei der Swissness-Vorlage

Die Grundidee von Swissness ist: Die Marke «Schweiz» schützen, um die Preisdifferenz zum Ausland zu rechtfertigen. Das ist in der Phase des starken Frankens umso wichtiger. Die Swissness-Vorlage zu schwächen, würde die Preiskonkurrenz nur verstärken. Ein Schuss ins eigene Knie.

- e) Nein zur Vorlage „Grüne Wirtschaft“ des Bundesrates

Komische Idee der FDP: Man soll im Bereich der Energie und der grünen Wirtschaft auf alle zukunftsweisenden Zweige verzichten und sich stattdessen auf fossile Energieträger konzentrieren? In diesem Kapitel wird deutlich, dass die FDP sich gegen sämtliche richtungsweisende Projekte stemmt: Energiestrategie, Verstärkung der Kontrollen des Top-Managements, Lohngleichheit, Swissness und grüne Wirtschaft. Dies zeugt von einer ungläublichen wirtschafts-konservativen Haltung.

Forderung 8: Keine neuen Steuern, keine Wahlgeschenke

- a) Nein zur Erbschaftssteuer

Die FDP erachtet es als unnötig aufzuzeigen, inwiefern die Ablehnung einer Erbschaftssteuer helfen würde, die Währungskrise zu überwinden. Im Gegensatz zu den Projekten der Bürgerlichen, können mit dieser Steuer Mehreinnahmen für die AHV und die Kantone generiert werden, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu tangieren.

- b) Nein zur CVP-Familieninitiative
c) Nein zur Initiative der GLP „Energie-statt Mehrwertsteuer“

Diese beiden Initiativen haben überhaupt keinen Zusammenhang mit der Frankenstärke. Aber angesichts der Bundes- und Kantonsfinanzen sicher eine richtige Massnahme, die wir gemeinsam mit der FDP vertreten.

Forderung 9: Flexiblen und liberalen Arbeitsmarkt erhalten

- a) Keine Ausweitung der FLAM

Eigentlich herrscht ausserhalb der SVP Einigkeit darüber, dass die grösste aktuelle Unsicherheit für den Standort Schweiz die Umsetzung der MEI ist. Wer darauf hofft, dass das Volk innerhalb der nächsten zwei Jahre wieder mehrheitlich für die Öffnung des Landes stimmt, sollte sich besser nicht gegen diese inneren Reformen stellen. Das gilt insbesondere für eine effektive Verhinderung von Lohndumping sowie Massnahmen auf dem Wohnungsmarkt.

- b) Zeitgemässe Regelung der Arbeitszeiterfassung

Die FDP meint damit die Abschwächung des Arbeitsrechts

- c) Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials

Einverstanden. Einzige Bemerkung ist dazu, dass die entsprechende Fachkräfteinitiative seit 2011 im WBF pendent ist.

Forderung 10: Rasche und effektive Unternehmenssteuerreform III

- a) Keine Gegenfinanzierung

Ohne Gegenfinanzierung bedeutet die USR III ein milliardenschweres Geschenk an die Unternehmen. Das wird den Staat zu massiven Sparprogrammen zwingen. Das hätte einen prozyklischen Effekt und würde die Rezession in der Schweiz noch weiter befördern.

- b) Keine Kapitalgewinnsteuer
- c) Breite Lizenzboxen zinsbereinigte Gewinnsteuer (NID) Step up
- d) Senkung der Gewinnsteuer

Eine massive Senkung der Gewinnsteuer würde den Kantonen Mittel entziehen um die notwendige antizyklische Politik im Bereich der Bildung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Forderung 11: Stempelsteuer schrittweise abschaffen

Die FDP beziffert diese Massnahme offensichtlich nicht. 2013 hat der Bund 2,1 Mrd. Franken mit der Stempelsteuer eingenommen.

Forderung 12: Standortförderung unterstützen und Infrastrukturen stärken

Kein konkreter Vorschlag von der FDP dazu, nur Worthülsen.

Forderung 13: Innovation, Forschung und Bildung fördern

- a) Weniger Auflagen für Pensionskassen um Investitionen für Start-ups zu fördern

Diese Idee wurde mehrmals geprüft und steht im Widerspruch mit der Vorgabe der sicheren Anlage von Pensionskassengeldern.

- b) Sicherung von Horizon 2020

Alle sind dafür.

- c) Umsetzung eines Nationalen Innovationsparks

Alle sind dafür.

Forderung 14: Weitere Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz abschliessen

Kein konkreter Vorschlag. Der Bundesrat legt bereits den Fokus auf die Märkte der Schwellenländer.

Forderung 15: Liberalisierung statt Marktabschottung

- a) Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten

Steht absolut quer in der Landschaft und verletzt den Föderalismus: 23 Kantone sind dagegen und nur der Kanton Tessin befürwortet dies.

- b) Liberale Regeln im Arbeitsrecht für Grenzregionen

Diese Massnahme würde die Situation in den Grenzregionen nur noch verschlimmern und die Stimmung in der Bevölkerung weiter verschlechtern.

Forderung 16: Der Staat darf nicht auf Kosten der Wirtschaft wachsen

- a) Einfrierung der öffentlichen Ausgaben
- b) Einfrierung der Stellen beim Bund
- c) Keine neuen Steuern während fünf Jahren

Im Klartext: Die FDP fordert eine pro-zyklische Politik, welche die konjunkturelle Krise nur noch weiter verschlimmern würde.

Forderung 17: Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen

- a) Staatsbetriebe haben sich generell auf ihren öffentlichen Auftrag im Service public zu beschränken
- b) Wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen sind abzuschaffen

Diese Vorschläge sind überhaupt nicht klar, sondern es handelt sich einfach um Floskeln aus dem freisinnigen Parteiprogramm.

Forderung 18: Keine überteuerte Reform der Altersvorsorge

- a) Keine Erhöhung der MwSt. für die AHV
- b) Senkung des Umwandlungssatzes und Entpolitisierung des Satzes.

Die FDP wiederholt hier einfach ihre Position zur Altersreform 2020, mehr nicht.